

Anna-Katharina Zubrod

„Bei jeder sich bietenden Gelegenheit habe ich für Vertrauen in die Zukunft geworben“

Interview zur Kultur der Integrität in Kommunen mit Bürgermeister Stephan Zimniok aus Birkenwerder

Die brandenburgische Gemeinde Birkenwerder liegt metropolennah nur etwa 8 Kilometer nördlich von Berlin. Sie hat etwa 8.200 Einwohnerinnen und Einwohner und verfügt über rund 150 Beschäftigte in der Gemeindeverwaltung. Der Ort weist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit einer engen Anbindung an Berlin und einen hohen Naherholungswert durch seine Lage im grünen Briesetal auf. Die Kommune ist ein typisches Beispiel für eine kleinstädtisch geprägte Gemeinde im Berliner Umland. Schlagzeilen machte die Gemeinde 2014, als gegen den damaligen Bürgermeister wegen Korruptionsvorwürfen ermittelt, er vom Amt suspendiert und schließlich Ende 2014 als Bürgermeister abgewählt wurde. Seit 2023 ist die Gemeinde Birkenwerder nach einem umfangreichen Aufnahmeverfahren korporatives Mitglied im Kreis kommunaler Mitglieder von Transparency International Deutschland e. V. Mit Bürgermeister Stephan Zimniok sprach Anna-Katharina Zubrod von Transparency International Deutschland.



Stephan Zimniok, Bürgermeister von Birkenwerder

Anna-Katharina Zubrod: Herr Zimniok, Sie haben das Bürgermeisteramt in Birkenwerder im Jahr 2015 in einer schwierigen Phase übernommen. Was hat Sie damals motiviert, trotz dieser Umstände für das Amt zu kandidieren?

Bürgermeister Stephan Zimniok: Mich hat genau die schwierige Phase motiviert. Ich habe mich als Bürger und damaliger Gemeinde-

vertreter verantwortlich gefühlt. Durch mein Ehrenamt als Gemeindevertreter und Vorsitzender des zum Thema eingesetzten kommunalen Untersuchungsausschusses hatte ich einen sehr tiefen Einblick in die Umstände, die meinem Amtsvorgänger vorgeworfen wurden. Natürlich war ich von meinem bisherigen polizeilichen Berufsleben geprägt. Ich habe ein ausgeprägtes Rechtsempfinden, und dieses wurde letztlich im gerichtlichen Verfahren gegen meinen Amtsvorgänger auch bestätigt. Nach dem erfolgreichen Abwahlverfahren war klar, dass eine Person im Bürgermeisteramt gebraucht wird, die noch nicht langjährig politisch aktiv war und einen unabhängigen und vor allem sachlichen Blick auf die Vorgänge einer Kommunalverwaltung hat. Ich wollte diese Verantwortung gern übernehmen und kandidierte deshalb für das Amt des Bürgermeisters.

Anna-Katharina Zubrod: Welche Herausforderungen haben Sie bei der Wiederherstellung der Reputation des Bürgermeisteramtes nach der Korruptionsaffäre konkret bewältigen müssen?

Stephan Zimniok: Es gab kein Vertrauen mehr in die Verwaltung. Ich spürte ein nicht greifbares Unbehagen gegenüber der Verwaltung verbunden mit einer pauschalen Aburteilung. Dieses mangelnde Vertrauen war in der Bevölkerung zu spüren und wurde mir auch von Gewerbetreibenden, Partnern vor Ort, kommunalen und regionalen Politikern, anderen Bürgermeistern gespiegelt. Und ich erlebte in der Gemeindeverwaltung Mitarbeitende, die durch die Geschehnisse schwer angeschlagen waren und dennoch optimistisch in die Zukunft starten wollten. Über der gesamten Situation schwebte das laufende Strafverfahren als Nährboden in beide Richtungen. Unschuldsumutung vs. Verdacht und fehlendes Vertrauen.

Anna-Katharina Zubrod: Welche Maßnahmen haben Sie persönlich und als Verwaltung ergriffen, um das Vertrauen der Bürgerschaft zurückzugewinnen?

Stephan Zimniok: Ich habe sehr viele Gespräche geführt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit habe ich für Vertrauen in die Zukunft geworben. Mein Ziel war es, das Amt des Bürgermeisters sichtbar zu machen, für die Bürger ansprechbar und vor Ort präsent zu sein.

Anna-Katharina Zubrod: Spüren Sie heute noch Auswirkungen der damaligen Affäre in Ihrer Verwaltung?

Stephan Zimniok: Ja, selbstverständlich. Der damals ent-

standene Vertrauensschaden verfolgt die Gemeindeverwaltung bis heute. Es gibt leider nach wie vor ein Misstrauen in die Arbeit des Bürgermeisters und der Verwaltung. Sehr oft werden die Kompetenzen infrage gestellt und sogar behauptet, dass Korruption im Raum stehe. All diese Vorwürfe weise ich zurück, wir klären über unsere Arbeit auf, z. B. über Vergabeverfahren, rechtliche Voraussetzungen etc.

Anna-Katharina Zubrod: Birkenwerder setzt in den vergangenen Jahren verstärkt auf Transparenz. So ist Ihre Gemeinde seit 2023 korporatives kommunales Mitglied von Transparency International Deutschland. Was waren die Motive für Ihren Beitritt? Und gibt es konkrete Veränderungen im Verwaltungshandeln, die daraus erwachsen sind?

Stephan Zimniok: Es bestand ein breiter politischer Wille, dass die Gemeinde Birkenwerder korporatives kommunales Mitglied von Transparency International Deutschland wird. Es sollte der Bevölkerung, die das Vertrauen in die Verwaltung verloren hatte, signalisieren, dass die Zukunft anders sein wird. In der Verwaltung sind wir sensibilisiert und mehr fokussiert auf das Thema. Wir haben in den letzten Jahren eine Antikorruptionsbeauftragte benannt und ohne bestehende gesetzliche Verpflichtung eine Hinweisgeberstelle eingerichtet. Wir haben eine Dienstanweisung zur Antikorruption geschaffen, es gibt regelmäßige Hinweise an die Kollegen und Kolleginnen. Die ehrenamtlichen Politiker beachten freiwillig einen Ehrenkodex; auch hier wird in unregelmäßigen Abständen auf die Richtlinien verwiesen.

Anna-Katharina Zubrod: Inwieweit erschweren die geringe Gemeindegröße von Birkenwerder und der hohe Grad persönlicher Bekanntschaft („jeder kennt jeden“) eine

konsequente Prävention von Amtsmissbrauch und Vorteilsnahme?

Stephan Zimniok: Die geringe Gemeindegröße erschwert die Prävention nicht. Ich bewerte die geringe Gemeindegröße eher positiv, wir kommen früher ins Gespräch, wir können erklären und klären.

Anna-Katharina Zubrod: In Potsdam wurden jüngst Vorwürfe gegen den damaligen Oberbürgermeister Ihrer Landeshauptstadt erhoben, er habe im Rahmen seiner Repräsentationspflicht in zu großem Umfang kostenlose VIP-Tickets und Einladungen zu Sportveranstaltungen angenommen. Staatsanwaltschaftlich wurde das Vorgehen als mögliche Vorteilsnahme geprüft. Wie gehen Sie als Bürgermeister, der ebenfalls Einladungen und Freikarten erhält, mit der Gratwanderung zwischen Repräsentationspflicht und Transparenz um? Nach welchen Kriterien entscheiden Sie? Und wie kommunizieren Sie Ihre Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit?

Stephan Zimniok: Für mich bedeutet Repräsentation nicht nur bloße Anwesenheit. Ich nehme Freikarten für mich nur bei Veranstaltungen an, wenn Repräsentationspflichten als Bürgermeister bestehen, wenn z. B. ein Grußwort von mir gewünscht ist. Bei anderen Veranstaltungen zahle ich den Eintritt selbst und kommuniziere dies auch. Für meine Angehörigen nehme ich konsequent keine Freikarten an, und natürlich fordere ich sie auch nicht ein.

Anna-Katharina Zubrod: Gibt es für Sie Momente, in denen Sie sich missverstanden fühlen, weil Sie strenge Regeln im Umgang mit Vorteilen befolgen?



Abb. 1: Rathaus von Birkenwerder



Stephan Zimniok: Ja, sehr oft. Ich wurde in den letzten Jahren das eine oder andere Mal belächelt und habe auch hier wieder Gespräche geführt. Für mich ist es besonders schwierig in den Fällen, in denen sich Leute einfach nur für die Tätigkeit der Verwaltung bedanken wollen. Viele Menschen sehen nicht, wie schmal der Grat zwischen Dank und der eventuellen Erwartung einer bevorzugten Behandlung ist. Aus meiner Sicht sind echte Wertschätzung für die Verwaltung, ein paar freundliche Worte und ein ehrlich gemeintes Danke, viel mehr wert als das Überreichen eines kleinen oder größeren Geschenks.

Anna-Katharina Zubrod: Die Bundesregierung hat angekündigt, durch ein Sofortprogramm Bürokratie etwa durch die Reduktion von Berichtspflichten und die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen zu senken. Wie geht eine kleine Gemeinde wie Birkenwerder die Herausforderung an, Bürokratie spürbar abzubauen, ohne dass dadurch wichtige Kontrollen oder gesetzliche Regelungen – z. B. im Vergabewesen oder bei Einsprüchen – geschwächt werden?

Stephan Zimniok: Ich begrüße Bürokratieabbau. Ich sehe jedoch insbesondere die aktuellen Entwicklungen im Vergaberecht als zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite kann die Effizienz der Verwaltung erhöht, Vorgänge schneller angeschoben und Erfolge zügiger sichtbar gemacht werden. Auf der anderen Seite besteht jedoch die Gefahr der Korruption. Wir müssen noch sensibler sein, auf Kontrollen achten und den Übergang zwischen vertrauenswürdigem Partner und Abhängigkeiten der Verwaltung im Blick behalten. Die Gemeinde Birkenwerder nutzt die Entscheidungen des Landes Brandenburg zur Erhöhung der Wertgrenzen für Direktaufträge auf 100.000,- Euro, um effizienter vorzugehen. Wir haben uns intern eine Grenze von 25.000,- Euro gesetzt, bis zu dieser Grenze können Direktaufträge erteilt werden. In der Spanne von 25.000,- bis 100.000,- Euro führen wir grundsätzlich Vergabeverfahren durch. In den wenigen Fällen, in denen die Durchführung eines Vergabeverfahrens nicht zielführend ist, beteiligen wir zunächst die politischen Gremien und erteilen erst nach Zustimmung den Direktauftrag. Zukünftig werden wir auch die politischen Gremien über größere Direktaufträge informieren.

Anna-Katharina Zubrod: Wie schätzen Sie – gerade in kleinen Gemeinden – das Risiko von Korruption im Vergabewesen, z. B. im Baubereich, ein? Und was tun Sie, um Ausschreibungen so transparent und prüfbar wie möglich zu gestalten?

Stephan Zimniok: Meiner Meinung nach steigt das Risiko nicht, je kleiner eine Verwaltung ist. Eher im Gegenteil: In kleinen Verwaltungen wird automatisch über den eigenen Tellerrand geschaut, man ist intensiv im Gespräch mit den Kollegen und Kolleginnen. Wir beachten das Vergaberecht,

nutzen die elektronische Vergabepattform des Landes, den Vergabemarktplatz Brandenburg, für unsere Ausschreibungen. In den meisten Fällen bevorzugen wir die öffentlichen Verfahren, bei beschränkten Ausschreibungen wechseln die kontaktierten Firmen.

Anna-Katharina Zubrod: Haben Sie einen konkreten Rat an andere Kommunalpolitikerinnen und -politiker, um der Erosion demokratischer Strukturen aktiv entgegenzuwirken?

Stephan Zimniok: Vertrauen Sie! Vertrauen Sie den Bürgermeistern und der Verwaltung! Zeigen Sie Wertschätzung, lassen Sie Fehler zu und lernen Sie alle gemeinsam aus den Fehlern. Machen Sie aus der aktuellen Fehlerkultur eine Lernkultur!

Anna-Katharina Zubrod: Was kann eine Kommunalverwaltung tun, um Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse und Verwaltungshandeln vor Ort zu stärken?

Stephan Zimniok: Kommunalverwaltungen müssen transparent arbeiten. Wir haben ein Ratsinformationssystem integriert, in dem alle politischen Entscheidungen, Sitzungen, Beschlüsse, Anfragen etc. veröffentlicht werden. Wir streamen die Sitzungen der politischen Ausschüsse, haben die lokale Gemeindezeitung – die Nordbahnnachrichten – und die Website der Gemeinde komplett überarbeitet sowie eine Birkenwerder-App integriert. Und wir investieren in die Demokratiebildung. Die 6. Klassen unserer Grundschulen schauen sich das Rathaus an, und ich gehe in den Unterricht und erkläre den Kindern, was die Aufgaben eines Bürgermeisters und der Verwaltung sind. Für die 11. Klassen der ortsansässigen Regine-Hildebrandt-Gesamtschule bieten wir seit nunmehr neun Jahren ein Planspiel an. Einige Tage im Jahr schlüpfen Schüler und Schülerinnen der 11. Klassen in die Rolle politisch engagierter Menschen und diskutieren und beschließen über zwar fiktive, jedoch typisch kommunalpolitische Themen.

Anna-Katharina Zubrod: Wenn Sie zehn Jahre in die Zukunft blicken: Was muss in der Gemeindeverwaltung passiert sein, damit man rückblickend sagen kann: In Ihrer Amtszeit wurde Integrität nicht nur verwaltet, sondern vorgelebt?

Stephan Zimniok: Dass all die Maßnahmen, die wir bisher initiiert haben, auch dann noch fortwirken und sich weiter etablieren. Und dass sich all die Anstrengungen, die nicht nur ich, sondern alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Hauses unternommen haben, um die Reputation des Bürgermeisteramts und der Verwaltung wiederherzustellen, gelohnt haben.

Anna-Katharina Zubrod: Vielen Dank für dieses Gespräch.